

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## Institut für Konjunkturforschung

# WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 3. Februar 1967

Nummer 5

### Zur Entwicklung der Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik 1965 bis 1967

Die Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik Deutschland ist im vergangenen Jahr stark zurückgegangen. Sie sank von Quartal zu Quartal und war am Jahresende um 6,5 vH niedriger als zu Jahresbeginn. Im Jahresdurchschnitt ergab sich — nach vorläufigen Berechnungen — eine um 4,5 vH niedrigere Ausnutzung der Produktionskapazitäten als 1965.

Die Verschlechterung der Kapazitätsauslastung resultierte aus der ungleichen Entwicklung von Kapazitätsaufbau und Produktion: Das Produktionspotential wuchs noch sehr kräftig um 6,5 vH, weil die 1965 erzielte starke Steigerung der industriellen Investitionstätigkeit nachwirkte. Die Erzeugung nahm dagegen — nachfragebedingt — nur noch wenig zu. Seit der Jahreswende 1964/65 lassen sich deutlich zwei Phasen der Auslastungsentwicklung unterscheiden:

Im Laufe des Jahres 1965 hielt sich die Auslastung der Anlagekapazitäten noch in nahezu allen Bereichen der verarbeitenden Industrie auf dem Niveau des Vorjahres. Eine gewisse Tendenz zur konjunkturellen Abschwächung deuteten die vierteljährlichen Auslastungsindizes der Investitionsgüterindustrien an, während sich im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien im Verlauf des Jahres 1965 schon eine deutliche Verschlechterung der Auslastung durchsetzte. Doch haben sich 1965 die Veränderungen in den einzelnen Industriebereichen und in den einzelnen Quartalen noch ausgeglichen.

In der zweiten Phase, während des Jahres 1966, verstärkten sich die Abschwächungstendenzen und griffen nunmehr auch auf die verbrauchsnahen Bereiche — sogar auf die wenig konjunkturanfälligen Nahrungsmittelindustrien — über. In allen Bereichen und auch in nahezu allen Zweigen der verarbeitenden Industrie sank die Auslastung der verfügbaren Kapazitäten im Laufe des Jahres immer mehr. Vergleicht man den Jahresdurchschnittlichen Auslastungsgrad der einzelnen Industriebereiche im Jahre 1966 mit dem für die Vergangenheit errechneten Auslastungskoeffizienten, so muß man in den

meisten Fällen bis 1958 zurückgehen, um ähnlich niedrige Werte zu finden. Bei den Investitionsgüterindustrien sank die Auslastung sogar auf den geringsten Stand seit 1954 (81 vH).

Der Herd dieser entzündlichen Entwicklung liegt seit Ende 1965 aber eindeutig bei den Investitionsgüterindustrien. Entscheidend war die rasche Abschwächung der Investitionsneigung der Wirtschaft, die sich in einer starken Reduzierung der inlän-

#### Koeffizienten der Kapazitätsausnutzung der verarbeitenden Industrie im Gebiet der Bundesrepublik nach Bereichen

Berechnungen des DIW

Maximale vierteljährliche Ausnutzung der Bereiche = 100

Zeit	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966 <sup>2)</sup>
Verarbeitende Industrie <sup>1)</sup>									
I. Vj. . . .	84,5	80,4	90,9	92,9	88,2	82,7	85,6	87,9	85,8
II. Vj. . . .	83,5	87,1	92,1	92,3	88,8	85,8	89,4	90,0	86,5
III. Vj. . . .	86,6	89,5	93,8	90,9	89,0	87,6	88,9	87,8	83,2
IV. Vj. . . .	89,2	96,6	98,9	93,6	92,3	91,8	94,7	92,7	86,8
Jahr . . . .	86,0	88,5	94,0	92,4	89,6	87,0	89,7	89,6	85,6
davon: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien									
I. Vj. . . .	81,4	78,1	93,7	95,3	87,8	81,6	88,0	89,0	86,6
II. Vj. . . .	82,4	83,4	96,6	96,3	92,6	90,2	94,7	92,7	90,4
III. Vj. . . .	85,6	93,6	100,0	95,8	94,7	93,0	95,9	92,8	88,4
IV. Vj. . . .	82,6	94,4	97,4	90,8	89,8	90,7	93,9	89,1	83,6
Jahr . . . .	83,0	88,9	96,9	94,5	91,3	89,0	93,2	90,9	87,2
Investitionsgüterindustrien									
I. Vj. . . .	85,7	81,0	91,8	95,7	89,5	82,9	85,1	89,7	86,7
II. Vj. . . .	84,5	85,7	92,4	93,9	87,8	83,2	87,9	91,0	86,0
III. Vj. . . .	85,8	86,1	92,5	89,5	85,0	83,3	85,1	84,9	79,0
IV. Vj. . . .	89,5	96,1	100,0	93,9	89,8	89,7	94,5	93,0	85,2
Jahr . . . .	86,4	87,3	94,2	93,2	88,0	84,8	88,2	89,7	84,2
Verbrauchsgüterindustrien									
I. Vj. . . .	89,1	81,7	92,6	92,5	92,0	87,1	88,2	90,0	89,7
II. Vj. . . .	82,8	86,5	89,6	88,9	87,6	85,9	88,0	89,1	86,0
III. Vj. . . .	86,9	90,6	91,1	88,3	88,8	87,0	87,1	86,9	82,6
IV. Vj. . . .	91,2	100,0	99,0	95,6	97,1	94,0	95,5	95,0	86,8
Jahr . . . .	87,5	89,8	93,1	91,4	91,4	88,6	89,7	90,3	86,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrien									
I. Vj. . . .	81,8	81,5	80,8	81,4	80,2	78,6	78,7	78,1	76,6
II. Vj. . . .	84,5	86,7	85,5	84,8	84,9	82,9	83,6	82,4	80,2
III. Vj. . . .	90,0	88,4	88,0	87,9	88,0	88,5	86,1	85,2	83,1
IV. Vj. . . .	99,8	97,9	99,2	96,0	97,1	96,3	95,8	96,9	91,7
Jahr . . . .	89,1	88,7	88,5	87,6	87,8	86,7	86,1	85,7	83,0

<sup>1)</sup> Mit den Produktionskapazitäten gewogener Durchschnitt der einzelnen Bereiche. — <sup>2)</sup> Vorläufig.

dischen Aufträge an die Investitionsgüterindustrien auswirkte. Diese reagierten in zweifacher Weise: Einmal versuchten sie (mit Erfolg), inländische durch ausländische Nachfrage wenigstens zum Teil zu ersetzen, zum anderen paßten sie notgedrungen ihre eigenen Investitionsprogramme und damit ihre eigene Kapazitätsentwicklung der veränderten Nachfragesituation soweit wie möglich an.

### Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1967

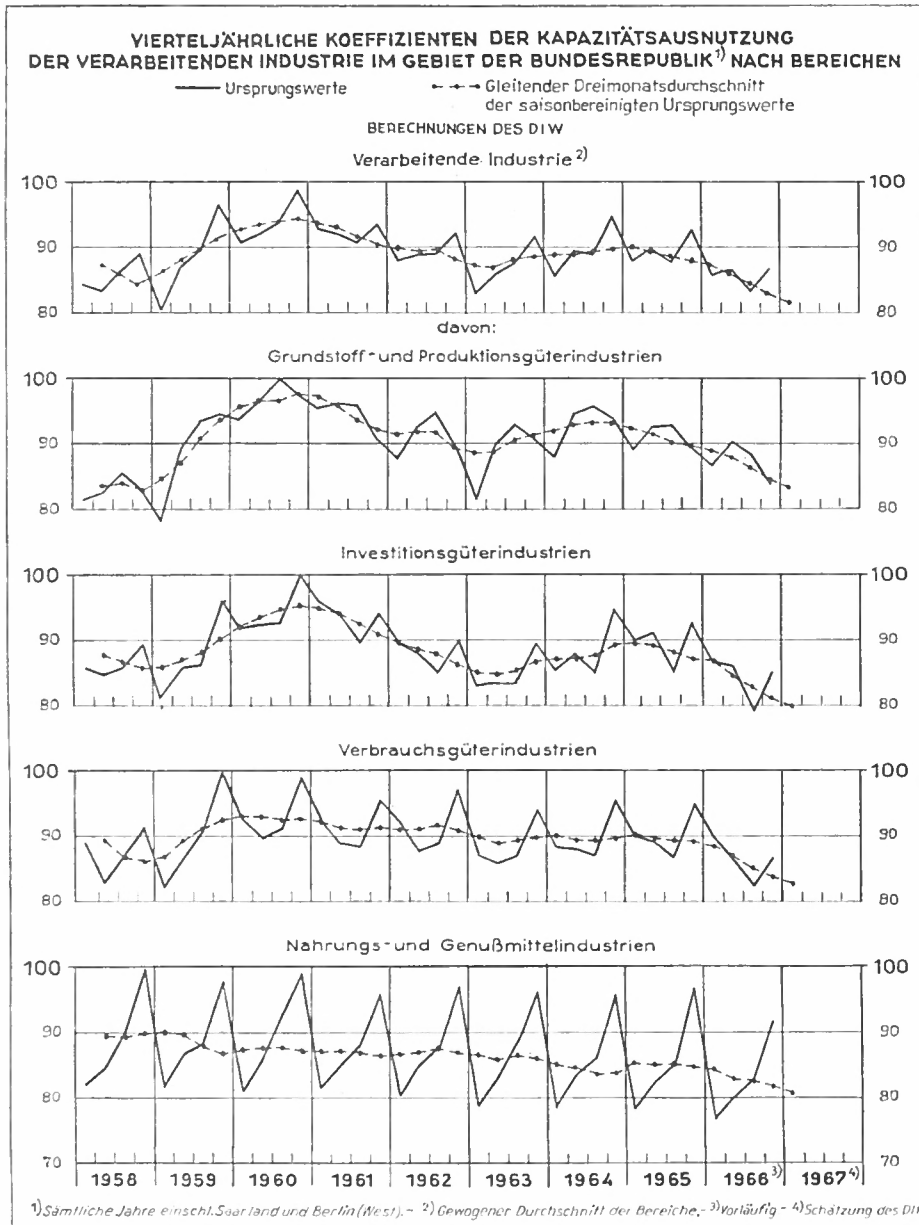
Im ersten Halbjahr 1967 wird sich die Kapazitätsauslastung weiter, und zwar im ersten Quartal sogar erheblich, verschlechtern. Die gegenwärtige Lage der verarbeitenden Industrie ist das Ergebnis einer verfehlten Wirtschaftspolitik in der vorangegangenen Zeit; sie kann kurzfristig kaum beeinflußt werden.

Auf längere Frist betrachtet erlaubt der vor kurzem eingebrachte Eventualhaushalt die Hoffnung, daß dank der direkten und indirekten Wirkungen seiner Verausgabung die Nachfrage nach Industrieprodukten neue Impulse erhält. Ob sie bereits genügen, die noch immer verhältnismäßig stark wachsenden industriellen Kapazitäten mit genügend Aufträgen zu beschäftigen, ist noch nicht zu überblicken.

Außerdem hat die neue Bundesregierung den Erlaß einer Rechtsverordnung angekündigt, die es gestattet, Sonderabschreibungen auf bewegliche und unbewegliche Güter des Anlagevermögens vorzunehmen. Mit der Befristung dieser Maßnahme auf nur neun Monate hat die Bundesregierung die durch Erfahrung bestätigte Tatsache in Rechnung gestellt, daß Sonderabschreibungen insbesondere in dem Augenblick investitionsfördernd zu wirken beginnen, in dem ihre Abschaffung verkündet wird. Die Sonderabschreibungen können zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Finanzierung erleichtern und das Investitionsklima in der Wirtschaft etwas verbessern. Ein nennenswerter güterwirtschaftlicher Effekt auf die Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft wird

jedoch von diesen Sonderabschreibungen solange nicht erwartet werden dürfen, wie die Auftragsbestände in vielen Zweigen zu gering sind, um eine befriedigende Auslastung des vorhandenen Produktionspotentials zu gestatten.

Erst wenn es gelungen ist, durch ausreichende und gezielte Investitionsausgaben der öffentlichen Hand Produktion und Absatz der Schlüsselindustrien wieder anzuregen, wenn diese Anregungen sich der übrigen Wirtschaft mitteilen und so schließlich auch eine Anhebung der Kapazitätsauslastung, eine Verringerung des Kostendrucks und eine Verbesserung der Ertragslage erreicht worden ist, wird sich die produzierende Wirtschaft veranlaßt sehen,



Bei dem heute erreichten Niveau der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage lösen jedoch kontraktive Prozesse der hier beschriebenen Art keine Selbstheilungskräfte aus, sondern führen nur immer weiter auf dem einmal beschrittenen Weg zur Nachfrageschrumpfung. Spätestens im Herbst 1966 mußten dann auch die nicht voll fachkundigen Beobachter der Entwicklung erkennen, daß ohne eine grundsätzliche Änderung der wirtschaftspolitischen Konzeption ein Verfall der Investitionsneigung mit weitreichenden Folgen für die politische und soziale Lage der Bundesrepublik drohte. Wachstumsfördernde und nicht, wie behauptet, konjunkturbremsende Maßnahmen waren geboten.

ihre Investitionen aufgrund der dann gründlich veränderten Situation wieder zu steigern. Dies wird — allein schon wegen der unvermeidlichen time-lags — frühestens zu einem Zeitpunkt möglich sein, der gerade noch in den letzten Wochen des für

die Sonderabschreibungen vorgesehenen Zeitraums liegen könnte. Entscheidend hierfür bleibt jedoch die direkte und frühzeitige güterwirtschaftliche Anregung — durch Nachfrage.

## Die künftige Entwicklung der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials in Großbritannien

Das britische Statistische Zentralamt führt laufend Vorausberechnungen der Bevölkerung durch, die jeweils, falls erforderlich, aufgrund der neuesten Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbewegung revidiert werden. Die zuletzt veröffentlichte Berechnung<sup>1)</sup> umfaßt den Zeitraum von 1965 bis 2000. Auf dieser Basis hat das Arbeitsministerium eine Vorausschätzung des britischen Arbeitskräftepotentials für die Zeit von 1966 bis 1981<sup>2)</sup> durchgeführt.

### Hypothesen der Vorausberechnungen

Der Vorausberechnung der Bevölkerung wurden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Für Personen bis zum Alter von 40 Jahren wurde ein Absinken der Sterblichkeit bis auf die Hälfte des gegenwärtigen Standes unterstellt. Für die Altersgruppen über 40 Jahre wurde das Tempo der Sterblichkeitsverringerung mit dem Lebensalter fortschreitend verlangsamt; für die über 90jährige Bevölkerung wurde die Sterblichkeit konstant angenommen.

Die Geburtenzahl steigt, ausgehend von 1 004 000 Lebendgeborenen von Mitte 1965 bis Mitte 1966, bis 1970 auf 1 090 000, 1980 auf 1 159 000, 1990 auf 1 382 000 und 2000 auf 1 565 000. Die Verteilung auf Knaben- und Mädchengeburten wurde im Verhältnis von 106:100 (für Nord-Irland 107:100) angesetzt.

Bis zum Jahre 1970 wurde für das gesamte Vereinigte Königreich ein Wanderungsgewinn von jährlich 10 000 Personen unterstellt, von dem angenommen wurde, daß er sich in den folgenden Jahren verringern und bis 1975 ganz verschwinden wird, weil die Einwanderung nach Großbritannien dann durch die Auswanderung aus Nord-Irland (jährlich 8000 Personen) ausgeglichen werden wird.

Die künftige Zahl der Erwerbspersonen wurde mit Hilfe altersspezifischer Erwerbsquoten errechnet, die unter Berücksichtigung der Entwicklung in den vorangegangenen Jahren für die über 25jährige Bevölkerung, gegliedert nach dem Geschlecht und nach Altersgruppen von je fünf Jahren, für die Jahre 1966, 1971, 1976 und 1981 geschätzt und für die dazwischenliegenden Jahre interpoliert wurden. Die Quoten für die verheirateten und die alleinstehenden Frauen wurden getrennt festgesetzt. Im einzelnen wurden folgende Tendenzen unterstellt:

Für die Männer zwischen 25 und 65 Jahren bleiben die Erwerbsquoten während des gesamten Berechnungszeitraums 1966/81 konstant; für die über 65jährigen vermindern sie sich etwas.

Gleichbleibende Erwerbsquoten wurden im allgemeinen auch für die alleinstehenden Frauen über 25 Jahre angenommen; Ausnahmen bilden hier die Altersgruppen zwischen 45 und 55 Jahren, für die mit einer leichten Erhöhung des Erwerbstätigkeitsgrades gerechnet wird, sowie die über 65jährigen, deren Erwerbsquoten geringfügig abnehmen.

Die Erwerbsquoten der verheirateten Frauen bleiben nur für die Altersgruppen zwischen 25 und 35 Jahren konstant; für alle übrigen Altersgruppen wird für die kommenden Jahre eine stärkere Beteiligung am Erwerbsleben, insbesondere für die verheirateten Frauen zwischen 40 und 60 Jahren, angenommen.

Für die Zahl der Erwerbspersonen unter 25 Jahren wurde wegen der fortschreitenden Verlängerung der Ausbildungszeit ein Rückgang der Erwerbsquoten unterstellt. Es wurde angenommen, daß von 1972 an der Eintritt in das Erwerbsleben nicht mehr vor dem 16. Lebensjahr erfolgen wird. Bei den Jugendlichen unter 25 Jahren ist zu berücksichtigen, daß eine beträchtliche, wachsende Gruppe unter ihnen (1965 rund 300 000) noch vollzeitlich in der Ausbildung steht und nur in den Ferien oder in Teilzeitarbeit erwerbstätig ist, trotzdem aber zu den Erwerbspersonen gezählt wird.

In der Veröffentlichung der britischen Vorausberechnung des Arbeitskräftepotentials werden die Ergebnisse für die Jahre 1966 bis 1976 fortlaufend, danach aber nur noch für das Jahr 1981 ausgewiesen. Um vergleichbare Zeitpunkte mit der Vorausberechnung der Bevölkerung zu erhalten, deren Ergebnisse für die Jahre 1965 bis 1970, 1975, 1980, 1990 und 2000 angegeben werden, mußten deshalb die Erwerbspersonenzahlen für 1965 und 1980 durch Extrapolation bzw. Interpolation der altersspezifischen Erwerbsquoten ermittelt werden.

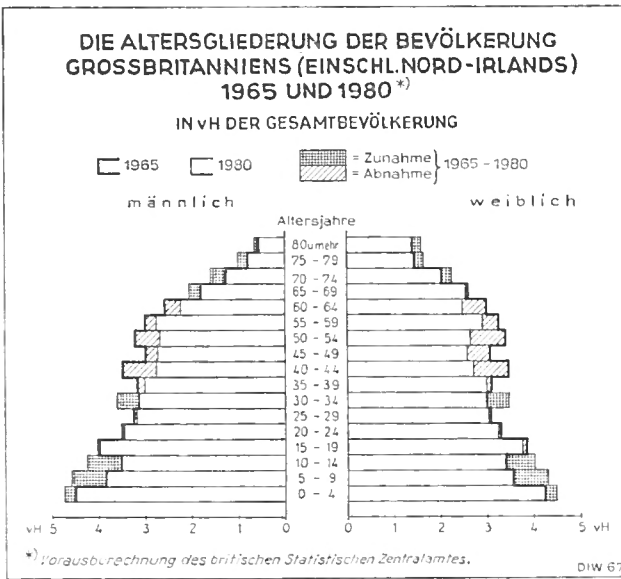
### Ergebnisse der Vorausberechnungen

Unter den angegebenen Voraussetzungen wird die Bevölkerung Großbritanniens (einschl. Nord-Irlands) von 1965 bis 1980 von 54,6 auf 61,2 Millionen, d. h. um 12 vH, anwachsen. Das Wachstum wird sich in den drei Jahrfünfteln des Berechnungszeitraums ziemlich gleichmäßig — für die männliche Bevölkerung etwas rascher als für die weibliche — mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 0,7 bis 0,8 vH vollziehen. Der Frauenüberschuß (Anzahl der Frauen auf 100 Männer) wird von 105 im Jahre 1965 bis 1980 auf 103 zurückgehen. In der künftigen Entwicklung der Altersstruktur der britischen Bevölkerung zeichnen sich einige spürbare Veränderungen ab: Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren sowie derjenige der über 65jährigen Personen wird zunehmen, der Anteil der 15- bis 24jährigen Bevölkerung nahezu konstant bleiben (mit einer vorübergehenden Verminderung um 1970), und die Gruppe der 25- bis 64jährigen Bevölkerung wird entsprechend an Gewicht verlieren, wobei der Anteil der 45- bis 64jährigen rascher absinken wird als der der 25- bis 44jährigen. Das (absolute und relative) Anwachsen der nicht erwerbsfähigen Bevölkerung (unter 15 und über 65 Jahren) und der relative Rückgang der Bevölke-

<sup>1)</sup> Monthly Digest of Statistics, Nr. 244, April 1966.

<sup>2)</sup> Ministry of Labour Gazette, Nr. 11, November 1966.

rung im erwerbsfähigen Alter werden zu einer Verminderung der Erwerbsquote für die gesamte Bevölkerung führen.



Durch andere, nicht demographische, Faktoren wird diese Grundtendenz jedoch variiert. Zum Teil verschärfen sie die demographisch bedingte Entwicklung, nämlich durch die Verminderung des Arbeitskräftepotentials infolge späteren Beginns der Berufstätigkeit oder früheren Ausscheidens aus dem Erwerbsleben, zum Teil wirken sie den demographischen Einflüssen entgegen, vor allem durch die zunehmende Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen.

**Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials in Großbritannien<sup>1)</sup> von 1965 bis 1980<sup>2)</sup>**

Mitte des Jahres	Bevölkerung			Erwerbspersonen		
	männl.	weibl.	gesamt	männl.	weibl.	gesamt
in 1000						
1965 . . . . .	26 597	27 938	54 535	17 080	9 035	26 115
1970 . . . . .	27 656	28 950	56 606	17 157	9 052	26 209
1975 . . . . .	28 879	30 028	58 907	17 105	8 993	26 098
1980 . . . . .	30 117	31 106	61 223	17 447	9 420	26 867
1965 = 100						
1970 . . . . .	104,0	103,4	103,7	100,5	100,2	100,4
1975 . . . . .	108,6	107,3	107,9	100,1	99,5	99,9
1980 . . . . .	113,2	111,1	112,1	102,1	104,3	102,9
Veränderung in jeweils 5 Jahren in vH						
1965 / 70 . . . . .	+ 4,0	+ 3,4	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4
1970 / 75 . . . . .	+ 4,4	+ 3,7	+ 4,1	- 0,3	- 0,7	- 0,4
1975 / 80 . . . . .	+ 4,3	+ 3,6	+ 3,9	+ 2,0	+ 4,7	+ 2,9
Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH						
1965 / 70 . . . . .	0,78	0,67	0,73	+ 0,09	+ 0,04	+ 0,07
1970 / 75 . . . . .	0,87	0,73	0,80	- 0,06	- 0,13	- 0,08
1975 / 80 . . . . .	0,84	0,71	0,77	+ 0,40	+ 0,93	+ 0,58

<sup>1)</sup> Einschließlich Nord-Irland. — <sup>2)</sup> Vorausberechnungen des britischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Arbeitsministeriums.

Da die verschiedenen Einflüsse in ungleicher Intensität auf die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials einwirken, wird das Wachstum der Erwerbspersonenzahl von 1965 bis 1980 — von 26,1 auf 26,9 Millionen oder um 3 vH — nicht nur erheblich geringer sein als das der Bevölkerung, sondern

auch sehr viel ungleichmäßiger. Einer geringen Zunahme in dem Jahrfünft 1965/70 wird ein Rückgang in annähernd dem gleichen Ausmaß 1970/75 folgen, so daß für diese Zeit, von konjunkturell bedingten Schwankungen abgesehen, mit einer nahezu konstanten Erwerbspersonenzahl gerechnet werden kann. Erst in dem dritten Jahrfünft des Berechnungszeitraums, 1975/80, wird sich eine nennenswerte Zunahme um über 300 000 männliche und über 400 000 weibliche Erwerbspersonen ergeben. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate wird in der Zeit 1975/80 0,6 vH betragen, und zwar für die Männer 0,4 vH und für die Frauen 0,9 vH. Das bedeutet, daß in dem letzten Jahrfünft des Berechnungszeitraumes die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen etwas stärker zunehmen wird als die weibliche Bevölkerung.

**Die voraussichtliche Altersstruktur der Bevölkerung und der Erwerbspersonen in Großbritannien<sup>1)</sup> 1965 — 1980<sup>2)</sup> in vH**

Alter in Jahren	männlich				weiblich			
	1965	1970	1975	1980	1965	1970	1975	1980
Bevölkerung								
unter 15 . . . . .	24,4	25,8	27,2	27,6	22,1	23,4	24,8	25,3
15 — 24 . . . . .	15,3	15,1	14,1	15,1	14,0	13,8	12,9	13,9
25 — 44 . . . . .	26,7	25,4	25,9	25,5	24,6	23,5	24,0	24,0
45 — 64 . . . . .	24,3	23,7	22,3	21,0	24,8	24,2	22,6	20,9
65 und älter . . . . .	9,3	10,0	10,5	10,8	14,5	15,1	15,7	15,9
Erwerbspersonen								
15 — 24 . . . . .	19,8	19,9	17,6	18,8	29,7	27,8	24,2	25,3
25 — 44 . . . . .	40,6	40,0	42,7	43,1	34,2	34,0	36,6	36,9
45 — 64 . . . . .	36,1	36,5	36,1	34,7	33,4	35,2	36,0	34,6
65 und älter . . . . .	3,5	3,6	3,6	3,4	2,7	3,0	3,2	3,2

<sup>1)</sup> Einschließlich Nord-Irland. — <sup>2)</sup> Vorausberechnungen des britischen Statistischen Zentralamtes bzw. des Arbeitsministeriums.

Die Erwerbsquote (Anteil der Gesamtzahl der Erwerbspersonen an der gesamten Bevölkerung) wird von 1965 bis 1980 von 48 auf 44 vH (bei den Männern von 64 auf 58 vH, bei den Frauen von 32 auf 30 vH) zurückgehen.

Eine Vergleichsrechnung mit den konstant gehaltenen altersspezifischen Erwerbsquoten von 1965 läßt die „Gewinne“ oder „Verluste“ erkennen, die aus den angenommenen Veränderungen des altersspezifischen Erwerbstätigkeitsgrades resultieren. Für die männlichen Erwerbspersonen ergibt sich daraus für das Jahr 1980 ein Minus von 600 000 bis 700 000, davon etwa drei Viertel infolge des späteren Beginns der Berufstätigkeit, während bei den Frauen der Verlust bei der Nachwuchsgruppe (500 000 bis 600 000) durch die zunehmende Erwerbstätigkeit in den höheren Altersgruppen überkompensiert wird.

Die strukturbedingten Verluste an Erwerbspersonen lassen sich ermitteln, indem die Summe der mit konstanten altersspezifischen Erwerbsquoten vorausgerechneten Erwerbspersonenzahlen denjenigen Gesamtzahlen gegenübergestellt wird, die sich aus der (konstant gehaltenen) Gesamt-Erwerbsquote von 1965 und der vorausgerechneten Bevölkerung für 1980 ergeben. Diese Verluste betragen mehr als eine Million bei den Männern und 600 000 bis 700 000 bei den Frauen, übertreffen also in ihrer Größenordnung die Verluste durch Veränderung des Erwerbstätigkeitsgrades.